



---

März 2011

## Pressemitteilung

### ***FRAUEN MACHT AUFSICHTSRAT – Die Nürnberger Resolution***

*Der DAB und der djbb Freiburg fordern tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Beruf und Gesellschaft. Quote ist unabdingbar und politische Forderung an die Parteien*

Historische Chance für Frauenquote in Baden-Württemberg?

Im Rahmen der Veranstaltungen zur Freiburger Frauenwoche wurde auf Einladung des Deutschen Akademikerinnenbundes DAB und des Deutschen Juristinnenbundes djbb das Thema „Quoten in Führungspositionen“ intensiv diskutiert. Als Referentinnen waren Heike Daubenthaler und Diana Allen, die Gründerinnen der Gruppe Stuttgart zur Nürnberger Resolution, gewonnen worden. Sie stellten die Kernpunkte der Nürnberger Resolution und ihre praktische Arbeit dazu vor.

Die Nürnberger Resolution ist ein privater, überparteilicher Zusammenschluss von Frauen und Männern, welche die Situation für Frauen in Führungspositionen zeitnah und dauerhaft verbessern wollen. Ihre Forderungen sind:

- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft u. a. zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen
- im Aktiengesetz festlegen, dass die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften bis zum Jahr 2013 mindestens zu 40 % jeweils mit Frauen und Männern besetzt sein müssen
- die Definition von Qualifikationsstandards für männliche und weibliche Aufsichtsratsmitglieder und die entsprechende gesetzliche Verankerung
- den Aufbau und die Weiterentwicklung einer zentralen Datenbank, in die sich alle potentiellen Aufsichtsratsmitglieder eintragen können.

Im Anschluss an den Vortrag wurde angeregt diskutiert. Eine Quote in den Führungsetagen deutscher Unternehmen erachteten die meisten Teilnehmerinnen als notwendig, zumal die freiwillige Selbstverpflichtung gescheitert ist. Studien u.a. der Unternehmensberatung McKinsey belegen, dass gemischte Teams erfolgreicher arbeiten. Zudem sind Frauen hochqualifiziert: Mit 54% Abiturientinnen und 51% Studienabgängerinnen kann auch nicht über einen künftigen Fachkräftemangel geklagt werden, wenn gleichzeitig weiterhin Frauen der Weg nach oben versperrt wird. Klare Qualitätskriterien sind zu definieren und die Berufung transparent zu machen. Das Beispiel Norwegen beweist, dass der Frauenanteil nach der Einführung

der Frauenquote in Aufsichtsräten eklatant gesteigert werden konnte und demnach auch genug qualifizierte Frauen in der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Die kürzlich erfolgte Besetzung des 20-köpfigen Aufsichtsrats der ENBW machte wieder einmal deutlich, wie notwendig die Frauenquote wäre. Als einzige Frau kam die Vertreterin der Gewerkschaft verdi zum Zuge. Ministerpräsident Stefan Mappus nominierte als Vertreter des Landes ausschließlich Männer. Auf Anfrage des Landtags erklärte er, dass die Nominierung aufgrund der „Reputation“ erfolgt sei; zu fragen wäre jedoch nach der „Qualifikation“.

Auch für den Öffentlichen Dienst ist dringend eine Quote erforderlich, denn von den Leitungsstellen in der Landesverwaltung sind nur 13 Prozent mit Frauen besetzt. Das im Jahre 2005 in Kraft getretene Chancengleichheitsgesetz des Landes muss als gescheitert betrachtet werden.

Auf Anfrage des Deutschen Akademikerinnenbundes DAB hatten die Fraktionen der CDU, SPD und GRÜNEN zu den Forderungen der Nürnberger Resolution Stellung genommen.

Während die SPD und die GRÜNEN die Quote befürworten, besteht bei der CDU derzeit noch keine einheitliche Meinung. Die FDP hat die Anfrage nicht beantwortet.

In Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl ist es für die Wählerinnen und Wähler allerdings wichtig zu wissen, ob mit Fortschritten nach der Wahl gerechnet werden kann.

Quoten – oft auch „Proporz“ genannt – sind in den Führungsetagen von Politik und Wirtschaft selbstverständlich, um Ausgewogenheit der Interessen herzustellen. Wir Frauen fragen uns, weshalb Proporz bzw. Quote, was eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen, Erfahrung und Qualifikation von Männern und Frauen sicherstellt, in diesem Fall so schwierig ist.

Dr. Margarete Finck

Gisela Lixfeld

Anneliese Schmid-Kaufhold

Sprecherin der DAB-  
Arbeitsgemeinschaft  
Baden-Württemberg

Vorsitzende der DAB-  
Regionalgruppe  
Freiburg

Vorsitzende der djb-  
Regionalgruppe  
Freiburg

[margarte.finck@t-online.de](mailto:margarte.finck@t-online.de)  
Tel. 0761-7075152

[info@dab-freiburg.de](mailto:info@dab-freiburg.de)  
Tel. 07634-69322

[rg-freiburg@djb.de](mailto:rg-freiburg@djb.de)  
Tel. 0761-553766

Weitere Informationen:

Der Deutsche Akademikerinnenbund e.V. (DAB) setzt sich ein für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Beruf und Gesellschaft, die eigenständige Alterssicherung von Frauen, die Förderung von Frauen für Führungspositionen. Der Verband ist Mitglied der Nürnberger Resolution. Siehe auch: [www.dab-ev.org](http://www.dab-ev.org) und [www.dab-freiburg.de](http://www.dab-freiburg.de).

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) will die „Fortentwicklung des Rechts auf allen Gebieten“ vorantreiben. Er setzt sich für die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen und für die rechtliche Absicherung der Lebenssituation von Frauen, Kindern und älteren Menschen ein. Siehe auch: [www.djb.de](http://www.djb.de).

Die Nürnberger Resolution ist ein privater, überparteilicher Zusammenschluss von Frauen und Männern, welche die Situation für Frauen in Führungspositionen zeitnah und dauerhaft verbessern wollen. Ausgehend von der Metropolregion Nürnberg gibt es inzwischen in vielen Städten Gruppen, die sich für diese Ziele einsetzen. Siehe auch: [www.nuernberger-resolution.de](http://www.nuernberger-resolution.de).